



Detailansicht des Registereintrags

Coca-Cola Europacific Partners Deutschland

Aktuell seit 24.08.2026 12:41:05

Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH)

Registernummer:	R002276
Ersteintrag:	28.02.2022
Letzte Änderung:	24.08.2026
Letzte Jahresaktualisierung:	29.06.2026
Tätigkeitskategorie:	Sonstiges Unternehmen
Kontaktdaten:	Adresse: Stralauer Allee 4 10245 Berlin Deutschland Telefonnummer: +491704592534 E-Mail-Adressen: avetter@ccep.com Webseiten: https://www.cocacolaep.com/de/

Hauptfinanzierungsquellen (in absteigender Reihenfolge):

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Wirtschaftliche Tätigkeit

Jährliche finanzielle Aufwendungen im Bereich der Interessenvertretung:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

470.001 bis 480.000 Euro

Vollzeitäquivalent der im Bereich der Interessenvertretung beschäftigten Personen:

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

2,25

Vertretungsberechtigte Person(en):

1. **John Galvin**
Funktion: Vorsitzender der Geschäftsführung
2. **Kathrin Flohr**
Funktion: Geschäftsführerin Personal
3. **Marcus Rohde**
Funktion: Geschäftsführer Finanzen
4. **Dr. Sven Boomgarden**
Funktion: Geschäftsführer Customer Service und Supply Chain
5. **Florian von Salzen**
Funktion: Geschäftsführer Commercial

Betraute Personen, die Interessenvertretung unmittelbar ausüben (4):

1. **Andreas Vetter**
2. **Cornelia Folz**
3. **Christina Burrack**
4. **John Galvin**

Mitgliedschaften (12):

1. Wirtschaftsvereinigung Alkoholfreie Getränke e.V.
2. Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e.V.
3. Markenverband e.V.
4. Allianz Verpackung und Umwelt e.V.
5. Wirtschaftsrat der CDU e.V.
6. Wirtschaftsforum der SPD e.V.
7. Wirtschaftsvereinigung der Grünen e.V.
8. Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft e.V.
9. Arbeitgebervereinigung Nahrung und Genuss e.V.
10. Deutscher Kaffeeverband e.V.
11. Made for Germany (M4G)
12. Bundesverband der Deutschen Vending-Automatenwirtschaft e.V.

Beschreibung der Tätigkeit sowie Benennung der Interessen- und Vorhabenbereiche

Interessen- und Vorhabenbereiche (12):

Parlamentarisches Verfahren; Lebensmittelsicherheit; Lebens- und Genussmittelindustrie; Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung"; Werbung; Öffentliche Finanzen, Steuern und Abgaben; Klimaschutz; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz; Sonstiges im Bereich "Umwelt"; Verbraucherschutz; Wettbewerbsrecht; Sonstiges im Bereich "Wirtschaft"

Die Interessenvertretung wird ausschließlich in eigenem Interesse selbst sowie durch die Beauftragung Dritter wahrgenommen.

Beschreibung der Tätigkeit:

Direkte Politische Kommunikation gegenüber Parlament und Ministerien auf Bund- und Landesebene sowie Interessensvertretung im Rahmen der Mitgliedschaft in den Branchenverbänden. Zum Zwecke der Interessenvertretung werden Gespräche mit Vertreterinnen und Vertretern des Bundeskanzleramtes und der Bundesministerien sowie mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages zur Erläuterung von Änderungsnotwendigkeiten hinsichtlich einer Vielzahl von Themenfeldern, geführt, die als Rahmenbedingungen für die unternehmerische Tätigkeit, auch im Hinblick auf die Situation der Beschäftigten des Unternehmens, von großer Bedeutung sind. Dabei geht es unter anderem um regulatorische Vorgaben im Verpackungsbereich und der Ernährung, die Situation des Wirtschaftsstandortes und des Arbeitsmarktes, über den notwendigen Bürokratieabbau, Handelskonzentration sowie der Nachhaltigkeit. Zweck der Interessenvertretung ist es, die Sicht der Praxis zu vermitteln und Impulse zur Verbesserung der gesamtwirtschaftlichen sowie regulatorischen Lage zu geben. Im Zuge dessen werden auch parlamentarische Gesprächsformate oder Standortbesuche durchgeführt, zu denen Regierungsmitglieder, Abgeordnete sowie Vertreterinnen und Vertreter der Ministerien eingeladen werden. Darüber hinaus werden in Einzelfällen auch Stellungnahmen und Gutachten zu konkreten Regelungsvorhaben erarbeitet und übermittelt.

Konkrete Regelungsvorhaben (5)

1. Änderung und Anpassung des Deutschen Verpackungsgesetzes

Beschreibung:

Interessensvertretung im Rahmen des Eckpunktepapiers des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz. Verhinderung von nachteiligen Regelungen für Getränkeverpackungen im Einweg- und Mehrwegpfandsystem, insbesondere Kritik an uneingeschränkter Rücknahmeverpflichtung aller Mehrwegflaschen. Zudem Sicherstellung einer funktionierenden Kreislaufwirtschaft durch eine gesetzliche Verankerung des Prinzips Flasche-zu-Flasche bei PET-Einwegflaschen.

Betroffenes geltendes Recht:

VerpackG [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Klimaschutz [alle RV hierzu]; Nachhaltigkeit und Ressourcenschutz [alle RV hierzu]; Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]; Sonstiges im Bereich "Umwelt" [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2507220043 (PDF - 1 Seite)

Adressatenkreis:

Versendet am 22.07.2025 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. Regulatorische Vorgaben für an Kinder gerichtete Lebensmittelwerbung (ehem. KLWG)

Beschreibung:

Politischer Dialog für einen verhältnismäßigen Rechtsrahmen, in dem verantwortungsvolles Marketing möglich ist. Darstellung der Unverhältnismäßigkeit möglicher neuer rechtlicher Regelungen, die über die Vereinbarungen des Koalitionsvertrags hinaus geht. Zudem soll aufgezeigt werden, dass neue diskriminierende Regulierungen bezogen auf bestimmte Inhaltsstoffe/Zutaten und/oder bestimmte Lebensmittel nicht zielführend sind.

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [alle RV hierzu]; Werbung [alle RV hierzu]

3. Entwurf Kritis-Dachgesetz

Beschreibung:

Das KRITIS-Dachgesetz setzt die EU-Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen, die sog. CER-Richtlinie, um und schafft bundeseinheitliche Regelungen für den physischen Schutz kritischer Infrastrukturen. Coca-Cola Europacific Partners Deutschland (CCEP) ist im Lebensmittelbereich mit seinen Produktionsstätten zur Getränkeabfüllung, hauptsächlich kohlenensäurehaltige Erfrischungsgetränke, ein Betreiber kritischer Infrastruktur. Der vorliegende Gesetzentwurf verursacht für das Unternehmen hohe - doppelte - Belastung mit zusätzlichen Kosten, ohne aber einen über die bereits geltende Gesetzeslage hinaus gehendes Schutzniveau zu erbringen. Deshalb werden Änderungen vorgeschlagen.

Bundestags-Drucksachennummer:

BT-Drs. 21/2510 (Vorgang) [alle RV hierzu]

Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2022/2557 und zur Stärkung der Resilienz kritischer Anlagen

Zuständiges Ministerium: BMI [alle RV hierzu]

Interessenbereiche:

Parlamentarisches Verfahren [alle RV hierzu]

Stellungnahmen/Gutachten (1):

1. SG2601250001 (PDF - 2 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 19.01.2026 an:

Bundestag

4. **Gesetz zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die EU-Verpackungsverordnung**

Beschreibung:

Politischer Dialog für eine pragmatische Umsetzung der Vorgaben der EU-Verpackungsverordnung ohne Übererfüllung oder nationale Sonderwege (kein Gold Plating).
Schwerpunkte sind die Vermeidung nachteiliger Regelungen für bepfandete Getränkeverpackungen (Einweg und Mehrweg), insb. der Erhalt des in Deutschland bewährten DPG-Pfandsystems. Zugleich werben wir für einen Flasche-zu-Flasche Kreislauf und ein Erstzugriffsrecht für Getränkehersteller auf rPET aus dem Pfandsystem.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/5346 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Verpackungsrechts und anderer Rechtsbereiche an die Verordnung (EU) 2025/40

Zuständiges Ministerium: [BMUKN](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Betroffenes geltendes Recht:

[VerpackG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Umwelt" [\[alle RV hierzu\]](#)

5. **GKV Beitragsstabilisierungsgesetz**

Beschreibung:

Politischer Dialog für verhältnismäßigen Rechtsrahmen zur möglichen Einführung einer Abgabe auf zuckergesüßte Getränke. Gegenstand ist das im Gesetzentwurf erwähnte Vorhaben, in einem weiteren Gesetzgebungsverfahren ab dem Jahr 2028 eine Abgabe auf zuckergesüßte Getränke einzuführen. Ziel der Interessenvertretung: die nicht evidenzbasierte Einschätzung sowie Unverhältnismäßigkeit möglicher neuer rechtlicher Regelungen. Zugleich wird auf den geltenden Koalitionsvertrag verwiesen, da das Vorhaben über die vorgesehenen Formulierungen hinausgehen. Es soll dargelegt werden, dass diskriminierende, einseitig auf bestimmte Inhaltsstoffe, Zutaten oder Lebensmittelgruppen abstellende Regulierungen weder zielführend noch geeignet sind, gesundheitspolitische Ziele nachhaltig zu erreichen.

Bundestags-Drucksachennummer:

[BT-Drs. 21/6130 \(Vorgang\)](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Entwurf eines Gesetzes zur Stabilisierung der Beitragssätze in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz)

Zuständiges Ministerium: [BMG](#) [\[alle RV hierzu\]](#)

Interessenbereiche:

Sonstiges im Bereich "Landwirtschaft und Ernährung" [\[alle RV hierzu\]](#)

Stellungnahmen/Gutachten (2):

1. [SG2607020007](#) (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

2. SG2607020008 (PDF - 10 Seiten)

Adressatenkreis:

Versendet am 30.06.2026 an:

Bundestag

Mitglieder des Bundestages [alle SG dorthin]

Angaben zu Aufträgen (0)

Die Interessenvertretung wird nicht im Auftrag ausgeübt.

Zuwendungen oder Zuschüsse der öffentlichen Hand

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Keine Zuwendungen oder Zuschüsse über 10.000 Euro erhalten.

Schenkungen und sonstige lebzeitige Zuwendungen

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Mitgliedsbeiträge

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

Gesamtsumme:

0 Euro

Jahresabschluss/Rechenschaftsbericht

Geschäftsjahr: 01/25 bis 12/25

[2026_08_13-Veroeffentlichung-JA-2025-CCEP-DE-im-Unternehmensregister.pdf](#)